

Protokoll der 8. Sitzung des
34. Studierendenparlaments der Universität Bielefeld
vom 08.05.2008

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

Der Vorsitz eröffnet die Sitzung um 19.00 h c.t. und begrüßt die Anwesenden.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Einladung

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Niemand erhebt Einspruch gegen die ordnungsgemäße Einladung.

c) Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers

Ron Hülskötter (ghg*ol) meldet sich freiwillig. Dagegen wird kein Widerspruch erhoben.

d) Feststellung der Tagesordnung

Christian Osinga (Kompass) beantragt folgende Änderung der Tagesordnung:

„TOP 11: „Entlastung der FinanzreferentInnen für das Haushaltsjahr 2006“ wird eingefügt.
TOP 11 und 12 verschieben sich dadurch nach hinten.“

Begründung: Es liegen Empfehlungen der Kassenprüfer und des Haushaltsausschusses zu diesem Punkt vor.

Der Änderungsantrag wird abgestimmt:

16 Ja 0 Nein 4 Enthaltung

Damit gilt die Tagesordnung in folgender Form:

TOP 1: Formalia

- a) Begrüßung
- b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
- c) Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers
- d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

TOP 3: Gäste

TOP 4: Bericht des IAFLTR

TOP 5: Änderung der Beitragsordnung

TOP 6: 1. Lesung des Nachtragshaushalts

TOP 7: Bericht des StuPa-Vorsitzes

TOP 8: Bericht des AStA

TOP 9: Bericht aus Senat und Kommissionen

TOP 10: Nominationen und Wahlen

4 Mitglieder der zentralen §8-Kommission (Vergabe von Studiengebühren)

TOP 11: Entlastung der FinanzreferentInnen für das Haushaltsjahr 2006

TOP 12: Anträge

TOP 13: Sonstiges

Jan Rick (ghg*ol) moniert, dass einige StuPa-Mitglieder kein eigenes Postfach besitzen, da diverse ehemalige Mitglieder die entsprechenden Schlüssel noch nicht abgegeben hätten. Er bittet darum dies bei der Zustellung von Unterlagen zukünftig zu berücksichtigen.

TOP 2: Protokollgenehmigungen

Anna Nigbur (Rabatz) stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung, da die Protokolle erst am selben Tag in den Postfächern gewesen seien und daher keine Gelegenheit bestand diese zu lesen.

Das StuPa stimmt dem einmütig zu.

TOP 4: Bericht des IAFLTR

Auf Wunsch der anwesenden Mitglieder des IAFLTR beschließt das StuPa einmütig diesen TOP vorzuziehen.

Folgender Text wird verlesen:

„Wir, das Internationale Autonome Feministische Referat für FrauenLesbenTransgender arbeiten hauptsächlich zu den Themen Antisexismus, Antirassismus, Queer Politics, Homophobie, NS-Geschichte und Gedenken, feministischer Widerstand im internationalen Kontext. Zur Zeit sind wir 6-8 FrauenLesbenTrans, die regelmäßig am offenen Plenum (alle zwei Wochen) teilnehmen, neben dem Plenum gibt es in der Woche zwei Büro- bzw. Öffnungszeiten.“

Unsere Veranstaltungen

1. Sarah Diehl, Deproduktion: Schwangerschaftsabbruch im internationalen Kontext (AJZ, ca. 50 Menschen)
 - Sarah Diehl hat den von ihr herausgegebenen Sammelband „Deproduktion: Schwangerschaftsabbruch im internationalen Kontext“ vorgestellt
 - Überblick über die aktuellen Debatten um Schwangerschaftsabbruch in verschiedenen Ländern
 - die feministischen und postfeministischen Positionen zum Thema, die in der BRD aktuell verhandelt werden
2. Situation von Frauen in Marokko
3. Repression und Widerstand im Abschiebelager Bramsche und Blankenburg
4. Homophobie im Reggae, im Anschluss Reggae-Party ohne homophobe artists (AJZ, ca. 70 Personen)
 - Die Veranstaltung hat in der Reggae-Szene ziemliches Aufsehen erregt
 - Es ist geplant eine ähnliche Veranstaltung 2008 in Detmold durchzuführen
5. Feministischer Widerstand in Mexiko (AJZ, ca. 50 Personen)
6. Sex-Zwangsarbeit und Krieg (FemRef-Büro, ca. 15 Personen)
 - Prostitution in den KZ/-Lagerbordellen ist erst seit wenigen Jahren überhaupt Thema
 - Im Rahmen unserer genderorientierten Perspektive auf den Nationalsozialismus ist das Thema für uns von Bedeutung
 - Bericht von der europäischen Sommeruni der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück zum Thema „Zwangsprostitution und Krieg im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert“
 - Erste Überlegungen zur Organisation der Ausstellung „Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern“, incl. Rahmenprogramm
7. Fahrt zur Gedenkstätte Neuengamme, Besichtigung der Ausstellung „Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern“
8. Linke feministische Frauen im Iran während der Revolution (Vortrag und Film)
9. Freiheit für Andrea und Christian, Kriminalisierung von AntifaschistInnen in Berlin
10. April 2007 und April 2008: Fahrt zur Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück
 - Vorbereitung und Durchführung der Fahrt inkl. Führung (2007 ca. 40 Personen, 2008 ca. 15 Personen)
11. FrauenLesbenTrans-Baucamp Uckermark und AG für einen freien Gedenkort Uckermark
12. Melanie Groß: feministischer Widerstand: post-queer-linksradikal
 - Im Rahmen der Aktionstage „Kein Sexismus an Hochschulen“ (AStA)
 - Vorstellung der zentralen Thesen der Dissertation

- Dr. Melanie Groß lehrt am Feministischen Institut der TU Hamburg/Harburg
- hat in Bielefeld Diplompädagogik studiert und in Soziologie promoviert

Veranstaltungen in Kooperation mit dem IBZ

1. Das Bild des Islam in den Medien
2. Kreativer Widerstand von Frauen im Iran
3. Lebendig verbrannt, In remember of Oury Jalloh, Film und Infoveranstaltung
4. Soziale Bewegung und Repression in Mexiko (IBZ, 15-20 Personen)

Außerdem

1. Mitorganisation des FrauenLesbenTransbereichs Gipfel 2007 Heiligendamm
2. Mitorganisation des feministischen No Lager Treffen
3. Film für Festival „Gender is a ritual“
4. Unterstützung feministischer Filmreihe
5. FrauenLesbenTranskneipe AJZ

Services

1. Alle 2 Wochen offenes Plenum
2. regelmäßige Öffnungszeiten in denen wir für alle Studierenden, die sich mit feministischen, queeren und genderkritischen Fragen auseinandersetzen ansprechbar sind
3. Beratung für FrauenLesbenTrans (z.B. Vermittlung zu jeweils relevanten Anlaufstellen)
4. Bibliothek

In Planung

1. Ausstellung „Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern“, incl. Rahmenprogramm
2. Kooperation mit Anaconda
3. FrauenLesbenTrans-Baucamp Uckermark
4. Sommeruni Ravensbrück
5. Mitarbeit in der Lagergemeinschaft/Freundeskreis Ravensbrück
6. Vortragsveranstaltung mit Sonja Eismann“

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) dankt den Referatsmitgliedern für ihre gute und intensive Arbeit.

Auf die Nachfrage von Wibke Esdar (Juso-hsg) wird berichtet, dass viele Veranstaltungen außerhalb des Unigebäudes stattfinden, da in z.B. IBZ und AJZ die Hemmschwellen für Besucher nicht so hoch sind. Des Weiteren sprächen manchmal auch infrastrukturelle Gründe, wie z.B. ein Kinosaal dafür. Die Veranstaltungen würden aber immer mit Flyern und Plakaten auch in der Uni beworben.

Auf die Nachfrage von Janina Neufeld (ghg*ol), ob diese Veranstaltungen außer Haus gut besucht seien, wird geschätzt, dass sich zwischen 30 und 80 Besucher einfänden, auf Partys mehr.

TOP 3: Gäste

Marcel Müller (FS Physik) erläutert den als Tischvorlage vorhandenen Antrag der Fachschaft Physik (siehe Anhang) über die Übernahme der Reisekosten für 12 Personen zum ZaPF.

Ron Hülskötter (ghg*ol) wundert sich über die Begründung des Antrags in der es heißt, dass nachdem die Tagung in Bielefeld stattfand nun möglichst vielen FachschaftlerInnen ermöglicht werden solle, die nächste Tagung zu besuchen, da beim Antrag vor zwei Jahren schon einmal mit der Begründung „Bielefeld-ZaPF“ viele Menschen verreist sind. Er sei gespannt auf den Antrag im nächsten Jahr.

Marcel Müller schätzt, dass im nächsten Jahr wohl nicht wieder so viele Menschen mitfahren würden.

Maarten Gellekorn (uniLinks) findet es schwierig jetzt nach der Begründung für das nächste Jahr zu fragen.

Der Antrag wird Abgestimmt.

21 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 5: Änderung der Beitragsordnung

Christian Osinga (Kompass) verkündet das Ergebnis der Urabstimmung zum Semesterticket. 73 % waren dafür, 26 % dagegen, bei einer Wahlbeteiligung von 32 %.

Lars Gerlach setzt hinzu, dass dieses Ergebnis für das StuPa rechtlich nicht bindend sei.

Christian Osinga (Kompass) erklärt, dass die Onlineumfrage der Verkehrsgruppe mit einer Abweichung von nur ca. 0.4 % diesem Ergebnis entsprechen würde und regt an, diese Technik als zukünftigen Ersatz von ungleich aufwendigeren Urabstimmungen in Betracht zu ziehen.

Er fügt hinzu, dass bei der Urabstimmung in der FH-Bielefeld 60 % der Studierenden der Einführung zugestimmt, sich das dortige StuPa aber aufgrund der Wahlbeteiligung von nur 27 % gegen eine Einführung und für eine Wiederholung der Abstimmung entschieden hätte.

Er stellt folgenden Antrag zur Änderung der Beitragsordnung:

§3 Abs. 1 Buchstabe a) wird wie folgt neu gefasst:

„a) das Semesterticket in Höhe von € 84.19 (ab 1.10.2008).“

§3 Abs. 1 Buchstabe i) wird wie folgt neu gefasst:

„i) das NRW-Semesterticket in Höhe von € 35.30 (ab 1.10.2008, in Höhe von € 37.10 (ab 1.4.2009)“

§3 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die unter Buchst. a) und i) genannten Beträge werden...“

§6 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Änderungen des Beitrags gem §3 Abs. 2 Buchst. a) und i) bedürfen der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Studierendenparlaments.“

§7 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„§3 Abs. 1 Buchst. a) und i) gelten ab dem Wintersemester 2008/2009.“

§7 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

„§3 Satz 2 Buchst. a) und i) treten automatisch zu dem Zeitpunkt außer Kraft, an dem die Vereinbarungen mit den jeweiligen Vertragspartnern des Semestertickets beendet werden.“

Er erläutert, dass der Betrag für das ST, da die Preiserhöhungen an den Ausbildungsverkehr gekoppelt sei, noch nicht zu 100 % fest stünde, da die Zahlen noch beim Ministerium zur Zustimmung lägen, dass aber davon auszugehen sei, dass sich nichts mehr ändere und mensch auch nicht länger warten könne, da sonst die Verschickung der Zahlscheine nicht mehr rechtzeitig geschehen könne. Die Änderungen in §6 sollten die Regelungen, die für das reguläre ST gelten auf das NRW-ST ausweiten, um auch hier ein Scheitern an Schusseligkeit und ähnlichen Unbills zu vermeiden.

Paul Buckermann (SDS) stellt die Frage nach der sozialen Absicherung der Studierenden, die die Mehrkosten des NRW-ST nicht tragen könnten.

Mira Schneider (Juso-hsg) antwortet, dass im Entwurf zum kommenden Nachtragshaushalt dies mit einer Steigerung der Mittel für die ST-Befreiung von 3600 auf 20000 € für das WS 08/09 berücksichtigt sei.

Jan Rick (ghg*ol) bestätigt die Wichtigkeit dieser Frage und sagt, dass mensch mit der Höhe der benötigten Gelder erst Erfahrungen sammeln müsse.

Annika-Mareike Kielisch (RCDS) fragt, ob bei der Summe der Preiserhöhungen denn nun auch eine Fahrradmitnahme oder die Möglichkeit zur Zahlung eines ICE-Aufschlags enthalten sei.

Christian Osinga (Kompass) verneint dies.

Johannes Geuter (ghg*ol) weist darauf hin, dass die bisher vorgesehenen Mittel in der Regel ausgereicht, da relativ Wenige die Befreiung in Anspruch genommen hätten.

Jonas Damian setzt hinzu, dass für den unwahrscheinlichen Fall, dass mehr Menschen eine Befreiung in Anspruch nehmen würden, als die 160, für die Gelder bereit stünden, sich der AStA dafür einsetze, dass dann Anteilig zurückgezahlt würde.

Paul Buckermann (SDS) findet das unfair.

Anna Nigbur (Rabatz) bittet darum, in einem solchen fall anderes Geld locker zu machen.

Stefan Bröhl (Rabatz) schlägt dafür den AStA-Topf vor.

Lars Gerlach findet die im Nachtragshaushalt gesetzte Grenze sinnvoll, da bei einer Überhöhung des Topfes unnötig Gelder gebunden würden.

Christian Osinga (Kompass) bekräftigt, dass wenn bei einem Betrag von 80 € 17 Menschen eine Befreiung wüshten, bei einer Erhöhung um 35 € eine Verzehnfachung auf 160 mögliche Befreiungen ausreichend sei. Er empfindet das bestehende Hick-Hack als unangemessen und weist darauf hin, dass, falls heute keine Entscheidung getroffen würde, die Einführung des NRW-ST zum WS nicht mehr möglich sei.

Paul Buckermann (SDS) will nicht unter Druck gesetzt werden und fordert Sicherheit für die soziale Absicherung.

Vanessa weist darauf hin, dass Sicherheit bestünde und dass notfalls ein weiterer Nachtragshaushalt beschlossen werden könne. Weiter könnten die Beträge für die Befreiung besser auf der 2. Lesung des Nachtragshaushalts in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Oliver Nißing (ghg*ol) sagt, dass keiner im StuPa irgendwen sozial benachteiligen wolle und ruft dazu auf, der Empfehlung der großen Mehrheit der Studierenden durch die Urabstimmung zu folgen. Weiter bekräftigt er, dass ein NRW-ST auch für sozial schwächere Vorteile beinhaltet, da viele es sonst nicht leisten könnten durch NRW zu reisen, um z.B. die Familie zu besuchen.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) setzt hinzu, dass auch der AStA möglichst alle Bedürftigen von der Zahlung des ST befreien möchte.

Maarten Gellekorn (uniLinks) möchte, dass alles sofort festgehalten wird.

Mira Schneider (Juso-hsg) sagt, dass es schwierig sei, dem 35. StuPa und AStA etwas vorzuschreiben, spricht aber die Einladung an alle und ausdrücklich auch den SDS aus, sich bei der Verbesserung des Konzepts zur Verbesserung der Befreiungsmodalitäten zu beteiligen.

Daniel Krenz-Dewe bezweifelt die Aussagekraft der Urabstimmung, da die Wahlbeteiligung nur bei 32 % lag.

Sven Gödde (ghg*ol) bittet eine solche Grundsatzdiskussion, bei der keine Einigung zu erwarten sei, zu verschieben.

Johannes Geuter (ghg*ol) bekräftigt, dass eine Urabstimmung das basisdemokratischste Mittel sei, welches der Studierendenschaft zur Verfügung stände und dass niemand die Menschen zur Wahlurne zwingen könne und wolle.

Stefan Bröhl (Rabatz) bemängelt, dass die Möglichkeit zur Befreiung in der Studierendenschaft zu wenig bekannt wäre.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) sagt, dass der AStA schon dabei wäre dieses Problem zu beseitigen.

Christian Osinga (Kompass) sagt, mensch könne zukünftigen StuPa und AStA etwas vorschreiben, indem die Beitragssatzung geändert würde. Er sei aber nicht bereit dies zu tun.

Maarten Gellekorn (uniLinks) nimmt 15 min Fraktionspause.

Danach Beantragen Anna Nigbur (Rabatz), Paul Buckermann (SDS) und Jan Seelhorst (Juso-hsg) geheime Abstimmung.

Dieser Antrag hat damit Vorrang vor der von Christian Osinga (Kompass), Wibke Esdar (Juso-hsg) und Inga Müller (ghg*ol) beantragten namentlichen Abstimmung.

Der Antrag wird geheim abgestimmt:

23 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 6: 1. Lesung des Nachtragshaushalts

Es gibt keine Fragen zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) stellt folgenden Antrag:

„Die 2. und 3. Lesung des Nachtragshaushalts werden beide in der nächsten Sitzung behandelt.“

Christian Osinga (Kompass) dankt an dieser Stelle dem Urabstimmungsleiter Lars Gerlach.

Lars Gerlach gibt den Dank weiter an die Mitglieder der Urabstimmungskommission.

Der Antrag wird Abgestimmt:

19 Ja 1 Nein 4 Enthaltung

damit ist der Antrag angenommen.

TOP 7: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Christian Osinga (Kompass) schlägt vor ein StuPa-Abschlussgrillen am Tag nach der letzten StuPa-Sitzung um 18.00 h zu veranstalten.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) fordert, dass dafür kein Fleisch aus Massentierhaltung eingekauft wird.

Ron Hülskötter (ghg*ol) bittet darum, die Kosten zu hoch werden zu lassen.

Maarten Gellekorn (uniLinks) weist darauf hin, dass auch Biofleisch nicht immer Einwandfrei produziert würde.

Christian Osinga (Kompass) merkt an, dass eine abendliche Umlage unter den StuPa-Mitgliedern zur Finanzierung wegen mangelhafter Zahlungsmoral nicht bewährt hätte.

Nachdem Maarten Gellekorn (uniLinks) einen GO-Antrag auf Schluss der Debatte gestellt hat, vertagt das StuPa weitere Grilldiskussionen einmütig in den TOP Sonstiges.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) wünscht sich ein Meinungsbild des StuPa zur Möglichkeit eine postalische Wahlbenachrichtigung an alle Studierende zu senden.

Ingo Bowitz (ghg*ol) findet dies sehr gut. Es sei auf jeden Fall den Versuch wert damit die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Annika-Mareike Kielisch (RCDS) findet die Idee auch gut, zumal eine Benachrichtigung per e-Mail nicht alle erreichen würde.

Christian Osinga (Kompass) ist dagegen, da e-Mailbenachrichtigungen schon früher gut funktioniert hätten und ein Brief an alle ca. 5000 € kosten würde.

Stefan Bröhl (Rabatz) sähe dieses Geld lieber in der ST-Rückerstattung.

Malin Houben (Juso-hsg) möchte, dass der Brief geschrieben wird und dass der ST-Rückerstattungstopf 5000 € mehr enthält.

Jan Rick (ghg*ol) weist darauf hin, dass eine Benachrichtigung per e-Mail schon Praxis ist.

Oliver Nißing (ghg*ol) schlägt vor, mehrere e-Mails zu schreiben und bezweifelt die Wirksamkeit eines Briefes.

Henrik Pruisken (ghg*ol) weist darauf hin, dass sich das StuPa schon für die Benachrichtigung per Brief entschlossen und dies im Haushalt festgelegt habe.

Stefan Bröhl (Rabatz) schlägt vor, vollständige Briefwahlunterlagen zu versenden.

Ingo Bowitz (ghg*ol) bezweifelt, dass dies satzungskonform wäre, fände es aber gut, die Wahlzettel zu versenden.

Paul Buckermann (SDS) stellt die Frage an die ghg*ol, ob es nicht ökologisch schwierig sei, so viel Papier zu verbrauchen.

Ingo Bowitz (ghg*ol) antwortet darauf, dass es nun einmal wichtige Gründe gäbe, die den Einsatz gewisser Ressourcen rechtfertigen würden.

Christian Osinga Stellt den Antrag:

„Die Studierenden sollen durch die Wahlkommission angeschrieben werden, um über die Wahl zu informieren. Wahlzettel sollen nach Möglichkeit mitverschickt werden.“

Maarten Gellekorn (uniLinks) merkt an, dass der Trend zur Zweitwohnung gehe und gibt zu bedenken, dass einigen Studierenden diese Briefe von den Eltern vorenthalten werden könnten.

Anna Nigbur (Rabatz) nominiert Thomas Siebenmorgen (Rabatz) in die Wahlkommission.

Jonas Damian beschreibt, dass die Briefe von der Uni-Verwaltung an die ihnen vorliegenden Adressen versende.

Mira Schneider (Juso-hsg) gibt zu bedenken, dass auch andere Wahlen parallel zur StuPa-Wahl stattfänden und dass eine Versendung sämtlicher Wahlzettel schwierig sei.

Ingo Bowitz (ghg*ol) möchte die Klärung von Detailfragen der Wahlkommission überlassen.

Maarten Gellekorn (uniLinks) möchte die Detailfragen selbst entscheiden.

Anna Nigbur stellt einen GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 1 Minute.

Nach formaler Gegenrede durch Christian Osinga (Kompass) wird der Antrag abgelehnt.

Anna Nigbur (Rabatz) stellt einen GO-Antrag auf die Führung einer hart quotierten Redeliste.

Nach inhaltlicher Gegenrede von Christian Osinga (Kompass) in der er anmerkt, dass dies nur ein Mittel sei, um eine Diskussion abzuwürgen wird der Antrag abgelehnt.

Christian Osinga (Kompass) meint, dass die große Menge der Wahlzettel zu viel sei, um sie mit der Post zu verschicken.

Henrik Pruiskens (ghg*ol) schlägt vor, die Wahlzettel als Download bereit zu stellen.

Annika-Mareike Kielisch (RCDS) merkt an, dass in diesem Fall eine geheime Wahl nicht mehr sichergestellt sei, da es theoretisch möglich sei verschiedene Papiersorten und Drucker nach zu verfolgen.

Maarten Gellekorn (uniLinks) stellt folgenden Antrag:

„Die Studierenden werden nicht per Brief über die Wahl informiert.“

Eine dem Protokollanten nicht namentlich bekannte Dame (Juso-hsg) findet das Papierargument nicht relevant und möchte, dass die Listen auf jeden Fall bekannt gemacht werden.

Annika-Mareike Kielisch (RCDS) bekräftigt nochmals ihre Auffassung, dass ein solches Vorgehen die Wahl ungültig machen würde und sogar gegen das Grundgesetz verstoße.

Christian Osinga (Kompass) merkt an, dass die Listen schon mit der Wahlbenachrichtigung bekannt gemacht würden.

Der Antrag von Maarten Gellekorn (uniLinks) wird als der weitestgehende zuerst abgestimmt:

10 Ja 6 Nein 4 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Persönliche Erklärung von Ingo Bowitz (ghg*ol):

„Die Abstimmung ist gegenstandslos, weil die Kommentierung des Haushalts bereits eine Entscheidung beinhaltet und diese nicht rückwirkend durch spätere einfache Anträge geändert werden kann.“

TOP 8: Bericht des AStA

Mira Schneider (Juso-hsg) berichtet für den Vorsitz:

- Es wird ein fähiger Layouter gesucht
- Dem Technikbeauftragten des AStA wächst die Arbeit über den Kopf
- Bald wird die neue AStA-Homepage online gehen
- HipHop-Kongress und festival contre le racisme sind in Arbeit. Helfer sind immer willkommen.
- Das Ökoreferat führt eine Filmreihe durch.
- Es wurden Pressemitteilungen zu Hochschulrat, Studiengebührenvergabeschlüssel und NRW-Semesterticket verfasst. Entgegen anders lautender Gerüchte wurden keine Namen von designierten Hochschulratskandidaten weitergegeben.
- Es finden Gespräche mit der Uni-Leitung über TurnItIn, uni-übergreifende BA/MA-Wechselmodalitäten und die unechten Stipendien statt.
- Mit dem FH-AStA wird in der Studiengebührenfrage weiter zusammengearbeitet.
- Anlässlich des Besuchs des furchtbaren Ministers Andreas Pinkwart am 28.05. soll ein Gedenktag zum Recht auf Bildung stattfinden.

Auf Nachfrage von Paul Buckermann (SDS) erklärt Mira Schneider (Juso-hsg), dass der Gedenktag als Gegenveranstaltung zur ersten Sitzung des Hochschulrats geplant ist, dass die genaue Planung jedoch noch im Prozess sei. Weiter würde ein Glückwunschsreiben an die Hochschulratsmitglieder gesandt, um diese an ihre Pflichten und die undemokratischen Zustände an der Uni zu erinnern.

Malin Houben (Juso-hsg) berichtet aus dem Gleichstellungsreferat:

- Die Aktionstage „kein Sexismus an Hochschulen“ sind gut gelaufen.
- Die Ergebnisse der Aktionstage werden evaluiert.
- Die zugehörige Party war mit ca. 150 Besuchern ein Erfolg.

Henrik Pruisken (ghg*ol) berichtet aus dem Programmbeirat von Hertz 87.9, dass neue Sponsoren gefunden wurden. Außerdem hatte er einen schönen und verdienten Urlaub.

Jonas Damian berichtet, dass er im Finanzreferat seine Arbeit erledigt.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) berichtet, dass die Filmreihe des Ökoreferats mit dem schönen Wetter zu kämpfen hat und auf mehr Besucher bei den nächsten Vorführungen gehofft wird.

TOP 9: Berichte aus Senat und Kommissionen

Wiebke Esdar (Juso-hsg) berichtet aus der Härtefallkommission:

Es gingen 4 neue Anträge ein, von denen 2 bewilligt und 2 abgelehnt wurden. Der beim letzten Mal noch fragliche Fall wurde zunächst eigenmächtig durch die Verwaltung abgelehnt und erst auf Nachfrage bewilligt. Die beiden in der Kommission sitzenden Juristen sind immer noch der Meinung, dass kein Geld zu haben noch kein Härtefall ist und überstimmen Wiebke regelmäßig.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) berichtet aus dem Senat:

Der auf der letzten StuPa-Sitzung unterstützte Antrag zum Verteilungsschlüssel der Studiengebühren wurde eingebracht. Von den professoralen Senatsmitgliedern wurde der zentralen §8-Kommission jedoch die fachliche und moralische Fähigkeit abgesprochen die Verteilung durchzuführen. Der Einwand, dass der Antrag von vielen Fachschaften unterstützt würde wurde von den Dekanen mit der Begründung abgetan, dass sie selbst besser als die Fachschaften wüssten, was die Fachschaften wollten. Die ProfessorInnen haben dann im Block ihre Vorstellungen durchgestimmt. Die Änderung des Berichterstattungssystems wurde nicht besprochen.

Bei der Wahl zum Hochschulrat wurden kritische Nachfragen größtenteils durch die ProfessorInnen abgebügelt. Herr Treumann lobte ausschließlich die vorliegende Liste und heuchelte ein wenig Bedauern darüber, dass kein Studierender auf der Liste steht. Es wurde dem Hochschulrat empfohlen ein Anhörungsrecht für die übergangenen Statusgruppen in Fragen, die nach Meinung des Hochschulrats diese direkt betreffen würden in seiner Geschäftsordnung zu verankern.

Stefan Brühl (Rabatz) fragt, warum die studentischen SenatorInnen die Sitzung vor der Wahl verlassen hatten und so ein Ergebnis ohne Gegenstimmen ermöglichten.

Inga Müller (ghg*ol) führt aus, dass mensch dadurch ein Zeichen gegen die unerträglich undemokratischen Zustände in Senat und Kommission setzen wollte und das dies von der Presse auch so wahrgenommen worden sei.

Paul Buckermann (SDS) findet das Vorgehen paradox.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) erklärt, dass es im Senat üblich sei, die vier studentischen Gegenstimmen zu ignorieren und dass ein Verlassen der Sitzung mehr Aufmerksamkeit erregt habe.

Paul Buckermann (SDS) rechnet auf, dass auf 4 Stimmen verzichtet wurde, weil mensch 1 nicht bekommen hat, was die 4 Stimmen abwerten würde. Im Vorfeld habe mensch sich jedoch am Prozess beteiligt.

Anna Nigbur (Rabatz) stimmt dem zu.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol) sagt, ein Aufrechnen sei unsinnig, es ginge um das Zeichen, was gesetzt wurde.

Johannes Geuter (ghg*ol) meint ein Boykott von Anfang an hätte nach Desinteresse ausgesehen, jedoch sei durch das jetzige Vorgehen eher der Eindruck entstanden, dass wir uns bemüht hätten, dann jedoch ausgeschlossen worden seien.

Paul Buckermann (SDS) findet das Verlassen der Sitzung richtig, die Forderung nach nur einer Stimme im Hochschulrat sei aber sinnlos gewesen.

Mira Schneider (Juso-hsg) meint, die Studierende im Auswahlgremium sei schon wichtig gewesen, da so wenigstens ein Vertreter des CHE verhindert werden konnte. Weite sei es gut, wenn mensch schon bei Entscheidungen übergangen würde, dies wenigstens mitzubekommen.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) stellt folgenden Antrag:

„Das Studierendenparlament fordert die Mitglieder des Hochschulrates der Universität Bielefeld auf, in der Geschäftsordnung des Hochschulrates zu verankern, dass Studierende bei sie betreffenden Fragen unmittelbar am Entscheidungsprozess beteiligt werden.“

Anna Nigbur (Rabatz) stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung, dem jedoch nicht stattgegeben werden kann, da dies nur am Anfang eines TOPs geschehen kann.

Paul Buckermann (SDS) stellt einen Änderungsantrag und zieht diesen sofort wieder zurück.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) bemängelt, dass in dem Antrag weniger gefordert wird, als die Studierendenschaft möchte.

Ron Hülskötter möchte, dass in dem Antrag zumindest ein ständiger studentischer Berater im Hochschulrat gefordert wird.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) sagt, dass der Hochschulrat sich eine Geschäftsordnung geben würde, die das Ministerium noch absegnen müsse. Die in diesem Antrag aufgestellte Forderung, die der Empfehlung des Senats sehr ähnlich sei, sei realistisch.

Annika-Mareike Kielisch (RCDS) lobt den Einsatz der studentischen SenatorInnen und entgegnet auf Zwischenrufe von Rabatz: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“

Mira Schneider gibt an, dass Herr Körber nicht der Meinung sei, dass der Hochschulrat einen ständigen studentischen Berater haben dürfe und dass er die neue Geschäftsordnung des Hochschulrates schon geschrieben habe.

Inga Müller (ghg*ol) stellt folgenden Antrag:

„Das Studierendenparlament fordert die Mitglieder des Hochschulrates der Universität Bielefeld auf, bei allen Sitzungen mindestens ein vom Studierendenparlament gewähltes Mitglied der Studierendenschaft hinzuzuziehen.“

Wiebke Esdar (Juso-hsg) zieht ihren Antrag zurück.

Der Antrag von Inga Müller (ghg*ol) wird abgestimmt:

17 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) stellt folgenden Antrag:

„Das Studierendenparlament stellt folgendes fest:

Das Studierendenparlament empfindet es als dreist, dass zum wiederholten Male im Senat bei der Diskussion und Entscheidungsfindung zum Thema Studiengebühren die Meinung der Studierenden vollkommen missachtet wurde. Es ist unverständlich, warum ausschließlich die Finanzkommission zu dem Punkt berät, es aber nicht für notwendig erachtet wird, die unmittelbar betroffene zentrale Beitragskommission dazu auch nur zu befragen.

Wir kritisieren die Äußerungen einiger Dekane scharf, wonach diese besser über die Meinungen der Studierenden Bescheid wüssten als deren VertreterInnen. Wenn ein auf allen

Ebenen studentischer Gremienarbeit gefundener Konsens von der professoralen Mehrheit vollständig ignoriert wird, zeigt dies deutlich, dass die Beteiligung der Studierenden gar nicht erwünscht ist. Obwohl ein umfassender, gemeinsamer Vorschlag der Studierenden frühzeitig vor der Senatssitzung allen Beteiligten vorlag, wurde weder im Vorfeld noch auf der Senatssitzung Bereitschaft zu einem Kompromiss gezeigt. Dadurch stellt die Entscheidung für uns einen weiteren Missbrauch der strukturellen Macht der ProfessorInnen dar und zeugt von der Ignoranz und Abgehobenheit der VertreterInnen der ProfessorInnenschaft in den leitenden Gremien unserer Universität.“

Stefan Bröhl (Rabatz) stellt fest, dass es in der Studierendenschaft keinen Konsens gab, da es zumindest im StuPa Gegenstimmen gab.

Der Antrag wird Abgestimmt:

16 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Henrik Pruiskens berichtet aus der Kommission für Organisationsentwicklung:

- Das e-learning soll ausgebaut werden. Jede Fakultät soll einen Beauftragten dafür benennen.
- Nächstes Jahr wird die Uni 40 und die Studis können sich an den Feierlichkeiten beteiligen.
- Die Uni will auf ihrer Homepage ein Anzeigenportal für kostenlose Kleinanzeigen verlinken.

Auf Nachfrage von Ingo Bowitz (ghg*ol) schildert Henrik Pruiskens (ghg*ol), dass sexistische und gewaltverherrlichende Werbung per Vertrag mit der Uni auf diesem Portal verboten sei.

Till Westermann (Juso-hsg) und der AStA kritisieren das unnötige Outsourcing.

- Die Planungen für einen großen Bildschirm in der Unihalle werden konkret. Die Stadtwerke sollen als Sponsor auftreten.

Ingo Bowitz (ghg*ol) fügt hinzu, dass auf diesem Bildschirm das Ausfallen von Veranstaltungen bekannt gemacht werden soll. Er findet diese Investition sinnlos und ist gegen kommerzielle Werbung in der Unihalle. Weiter wundert er sich über die Durchführung, obwohl Kritik im Senat laut geworden sei.

- Ein Gärtner wurde auf die nächste Sitzung eingeladen, um das Problem mit den Bäumen in der Unihalle zu besprechen.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) berichtet, dass die Projektgruppen des Rektorats getagt haben und dass nun jedes Mitglied die Aufgabe habe in 150 Worten Qualität von Studium und Lehre zu definieren.

Till Westermann (Juso-hsg) berichtet aus dem Haushaltsausschuss, dass die VertreterInnen der ghg*ol die Befassung mit dem Nachtragshaushalt vertagt haben. Er empfindet dies als Frechheit.

Johannes Geuter (ghg*ol) erklärt, dass in dem damaligen Entwurf das Urabstimmungsergebnis vorweggenommen worden wäre und dass die Verzögerung in keinem Falle dramatisch gewesen sei.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) stellt fest, dass auch VertreterInnen der ghg*ol im AStA für die Einbringung des Entwurfs gewesen seien und vermutet ghg*ol-interne Kommunikationsprobleme.

Ingo Bowitz (ghg*ol) erklärt, eine Vertagung von Vorgängen sei ein normales und unproblematisches Vorgehen in Ausschüssen. Mensch habe mehr dem Urabstimmungsergebnis nicht vorgreifen wollen und noch Redebedarf gesehen, um den Entwurf mehrheitsfähig zu machen. Des Weiteren seien ihm bei den Jusos auch schon Kommunikationsprobleme aufgefallen.

Vanessa Kleineköhler (ghg*ol) weist darauf hin, dass innerhalb der ghg*ol niemandem seine Meinung vorgeschrieben würde.

Stefan Bröhl (Rabatz) äußert Verwunderung darüber, dass dies in der heutigen Sitzung zur Sprache kommt und nicht schon in der vorherigen.

Ron Hülskötter (ghg*ol) fragt, ob dem StuPa die ghg*ol-interne Kommunikationsstruktur nicht herzlich egal sein könne.

Till Westermann (Juso-hsg) meint, dass zwar formell alles richtig gewesen sei, der Haushaltsausschuss aber seinem Empfinden nach seine Kompetenzen überschritten habe.

Henrik Pruisken (ghg*ol) sagt, das Verfahren sei nicht ideal, aber auch nicht undemokratisch gelaufen.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) sieht das Problem nicht, welches die Jusos scheinbar hätten, da ja durch die Vertagung objektiv kein Schaden entstanden sei.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) wundert sich darüber, dass die ghg*ol trotz ihrer 12 Sitze im StuPa keine Mehrheit für den Entwurf gesehen habe.

Stefan Bröhl (Rabatz) sagt, ihm seien Gerüchte über „seltsame Fluktuationen“ in der Besetzung des Ausschusses zu Ohren gekommen und wünsche nun Aufklärung.

Jan Seelhorst erklärt, dass es nicht sicher gewesen sei, ob zurückgetretene Mitglieder nochmals nominiert werden dürften, dass dies aber zwischenzeitlich von Herrn Körber bejaht worden sei.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) führt weiter aus, dass dies ginge, da Hochschulgruppenintern nominiert würde.

Ingo Bowitz (ghg*ol) setzt hinzu, er habe an einer Sitzung aus terminlichen Gründen nicht teilgenommen und sich vertreten lassen.

Sven Gödde (ghg*ol) findet eine Vertagung, um mehr Zeit für einen Dialog zu erhalten überhaupt nicht skandalös.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) meint eine Verlängerung der Diskussionszeit von 8 auf 12 Wochen sei egal.

Wiebke Esdar (Juso-hsg) stellt einen GO-Antrag auf Ende der Debatte.

Der Antrag wird nach Gegenrede durch Christian Osinga (Kompass) abgelehnt.

Ron Hülskötter (ghg*ol) stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.

Dieser wird nach Gegenrede durch Jan Seelhorst (Juso-hsg) angenommen.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) meint, sie habe trotz langer Debatte immer noch keinen Grund dafür gehört, warum die Vertagung schlimm gewesen sei.

Christian Osinga (Kompass) beschwert sich lauthals darüber, dass sich alle Beteiligten doof stellen würden, obwohl die Motive klar seien.

Ingo Bowitz (ghg*ol) merkt an, dass Mehrheiten nicht im StuPa gefunden würden, sondern in Verhandlungen.

Persönliche Erklärung von Anna Nigbur (Rabatz):

„Ich bin gegen die Erhebung von Studiengebühren, da diese sozial ungerecht sind. Daraus resultierend bin ich auch gegen die Mitwirkung an der Vergabe von Studiengebühren!!!“

TOP 10: Nominationen und Wahlen

4 Mitglieder der Zentralen §8-Kommission (Vergabe von Studiengebühren)

Jan Seelhorst (Juso-hsg) nominiert **Anna-Maria Trost (ghg*ol)**

Mira Schneider (Juso-hsg) nominiert **Jan Seelhorst (Juso-hsg)**

Wiebke Esdar (Juso-hsg) nominiert **Christian Osinga (Kompass)**

Johannes Geuter (ghg*ol) nominiert **Wiebke Esdar (Juso-hsg)**

Die Kandidaten werden zusammen abgestimmt:

13 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

Damit sind die vier KandidatInnen nominiert.

4 VertreterInnen der Mitglieder der Zentralen §8-Kommission (Vergabe von Studiengebühren)

Wiebke Esdar (Juso-hsg) nominiert **Oliver Nißing (ghg*ol)** und **Mira Schneider (Juso-hsg)**

Inga Müller (ghg*ol) nominiert **Stefanie Hippe (ghg*ol)** und **Henrik Pruisken (ghg*ol)**

Die Kandidaten werden zusammen abgestimmt:

14 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Damit sind die vier KandidatInnen nominiert.

TOP 11: Entlastung der FinanzreferentInnen für das Haushaltsjahr 2006

Die FinanzreferentInnen **Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)** und **Ron Hülskötter (ghg*ol)** werden mit

13 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

entlastet.

TOP 12: Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 13: Sonstiges

Sven Gödde (ghg*ol) lädt alle auf die fzs-MV am nächsten Wochenende in Potsdam ein.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) schlägt vor, für das StuPa-Grillen nur vegetarisch einzukaufen.

Christian Osinga (Kompass) will aber Fleisch.

Mira Schneider kommt auf die rettende Idee, auf der StuPa-Sitzung am Do. Fleischbestellungen und entsprechende Geldbeträge einzusammeln und damit am Freitag einkaufen zu gehen.

Das Stupa reagiert erleichtert und mit großer Zustimmung auf diesen Vorschlag, so dass der Vorsitz die Sitzung um 23.17 h schließen kann.